

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (5. Jahrgang, Nr. 11, November 2011)

**Wir sind nicht würdig, einen Vogel singen und  
eine Sau grunzen zu hören.**

*Martin Luther*

## Zur aktuellen Lage in Deutschland

### Sozialreport: Armut verfestigt sich

**Aber wer reich und gebildet ist, lebt länger.  
Immer mehr Frauen wollen Vollzeitjob.**

Die soziale Schere in Deutschland ist weiter aufgegangen. Auf der einen Seite verfestigte sich die Armut, auf der anderen gelang es immer mehr Wohlhabenden, ihre Einkommen zu sichern. Wer reich und gebildet sei, lebe nicht nur gesünder, sondern auch rund zehn Jahre länger. So das Fazit des alle zwei Jahre von namhaften Sozialforschern vorgelegten „Datenreports 2011-Sozialbericht für Deutschland“.

Der Satz "Einmal arm, immer arm", gelte, meinte die Soziologin Jutta Allmendinger gestern bei der Vorstellung des umfangreichen statistischen Zahlenmaterials, das auch als "kleine Volkszählung" gilt. Die soziale Mobilität nehme ab. 2008/09 galten etwa 16 Prozent der Bevölkerung als "armutsgefährdet". Das heißt, sie hatten einschließlich Sozialleistungen und Mietbeihilfen weniger als 929 Euro zur Verfügung. Im Jahr zuvor waren es rund 15 Prozent. Besonders betroffen sind Menschen ohne oder nur mit einem Hauptschulabschluss (23 Prozent) sowie Alleinerziehende (37,5 Prozent). Fast jeder dritte Armutgefährdete gab an, sich nur jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten zu können. 16 Prozent der Armen klagten, dass sie ihre Wohnung nicht angemessen warm halten könnten, sagte der Chef des Statistischen Bundesamtes Roderich Egeler. Zugleich gelinge es immer weniger Menschen, der Armut wieder zu entrinnen. Verharrten in den 80er Jahren 57 Prozent der Betroffenen dauerhaft in Armut, sind es heute 65 Prozent.

Der Chef der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, verwies darauf, dass das Armutsrisiko mit steigendem Bildungsniveau abnehme. Doch in dieser Beziehung werde in Deutschland zu wenig getan. Der Anteil der Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt liege gerade mal bei 6,8 Prozent.

Gravierend geändert hat sich dagegen die Einstellung von westdeutschen Frauen zur Erwerbsarbeit. Wollten vor 30 Jahren nur 32 Prozent in einem Vollzeitjob tätig sein, sind es heute 66 Prozent. In den neuen Ländern lag dieser Wert 1991 bei 67, heute dagegen liegt er bei 88 Prozent.

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 10.10.2011

### Lohnungleichheit: Auf dem Niveau der 80er

Der Reallohn Geringqualifizierter sinkt seit 1990. Diese Verluste haben sich seit 2005 nochmals beschleunigt. Darauf weist Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, hin. Das Lohnniveau der Geringqualifizierten befindet sich derzeit auf dem Niveau der Mitte der 80er erreichten Niveau. Dagegen ist das Gehaltsniveau besser Qualifizierter in diesem Zeitraum deutlich angestiegen. "Deutschland gilt heute als eines der OECD-Länder mit dem höchsten Anstieg der Lohnungleichheit", stellt Möller fest.

Quelle: ??? (Walter?)

### Immer unzufriedener werden deutsche Arbeitnehmer/innen

1984 lag ihre Arbeitszufriedenheit bei 7,6 von zehn Punkten, 2009 bei 6,8 Punkten. Damit bewerten die Beschäftigten ihre Situation schlechter als in den meisten europäischen Ländern.

Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation

### Die Finanzkrise und das Finanzsystem

Nach dem berufspolitischen Forum haben wir uns bei DAGS überlegt, dass wir einstweilen noch an dem

Thema "prekäre Arbeitsverhältnisse" weiter arbeiten wollen. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass sich etwas verbessert.

Trotzdem glauben wir, dass wir auch andere Themen, die mit der sozialen Gerechtigkeit zusammenhängen, nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Dazu gehört meines Erachtens zur Zeit vor allem das Thema Finanzen. Auch bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in Diakonie und Kirche spielt es ja eine wesentliche Rolle.

Nun gibt es ja hier wie überhaupt eine Menge komplizierter Zusammenhänge, die wir erst einmal verstehen müssen. Andererseits wird immer deutlicher, dass in der Politik etwas geschehen muss. Die großen Demonstrationen in der ganzen Welt zeigen auch, dass immer mehr Menschen unzufrieden und empört sind. Sogar offizielle Kirchenvertreter drücken aus, dass dringend Veränderungen nötig sind. Hier ein Zitat aus dem Newsletter der EKD:

**„Maß und Mitte verloren“  
EKD-Ratsvorsitzender fordert Veränderungen für ein gerechteres Finanzsystem**

Er hält die weltweiten Demonstrationen gegen das bestehende Finanzsystem und die Macht der Banken für legitim und notwendig: der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider weist darauf hin, dass in weiten Teilen des gesellschaftlichen Lebens Maß und Mitte verloren gegangen seien. Die Proteste wären ein deutlicher Hinweis darauf, dass genau dieses Maß neu gefunden werden müsse. In einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst forderte Schneider ein gerechteres Finanzsystem.

Aus EKD-Newsletter Br. 404 vom 26.10.11

Es gibt ja auch eine Reihe von ganz konkreten Vorschlägen, was passieren sollte:

- Einführung einer Finanz – Transaktionssteuer
- Anhebung des Spitzensteuersatzes
- Wiedereinführung der Vermögensteuer
- staatliche Kontrolle der Banken
- Zerschlagung von Großbanken
- bei den Banken strikte Trennung des Anlage- und des Investmentgeschäfts

Auch hier scheint sich in der Kirche etwas zu bewegen: so hat sich kürzlich der baden württembergische Bischof July und das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD öffentlich für die Einführung der Transaktionssteuer ausgesprochen.

Wenn man sieht, wie bedrohlich die Situation ist und dass trotzdem fast nichts von solchen Maßnahmen getroffen wird, fragt man sich, wer hier wohl die Fäden zieht.

Dass es jetzt endlich eine Übereinstimmung der 27 Eurostaaten über den so genannten "Rettungsschirm" gibt, ist vielleicht erfreulich. Aber auch hier müssen wir noch darauf warten, dass dieser Beschluss wirklich überall umgesetzt wird.

Ich wünsche mir sehr, dass das Bewusstsein, dass wir als Bürger mehr Einfluss nehmen müssen, auch unter den Menschen in Kirche und Diakonie wächst. Dabei gehört dazu, dass wir über Ursachen und Lösungen auch unter Umständen kontrovers diskutieren müssen. Deshalb würden wir uns über alle Beiträge dazu sehr freuen und würden sie auch in unserem Infoblatt veröffentlichen.

Jeder und jede einzelne von uns können sich aber zum Beispiel an Demonstrationen und Unterschriftaktionen beteiligen, Leserbriefe schreiben usw. Auf die Möglichkeit, auch direkt mit Abgeordneten Kontakt aufzunehmen, wurden wir kürzlich aufmerksam: im Internet geht das unter [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de).

Walter Hamann

**KARIKATUR**



Karikatur: Stuttmann

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 01.11.2011

Für unser Thema „Prekäre Arbeitsverhältnisse in Kirche, Diakonie und Sozialarbeit“ (vgl. Info-Blatt 10/2009) suchen wir Praxiserfahrungen aus Diakonie und Sozialarbeit und u.a. Antworten auf folgende Fragen: Wie („sozial“/„christlich“) sehen Arbeitsplätze bei Euch aus? Was hat sich im Laufe Eures Arbeitslebens verändert? Braucht Ihr Unterstützung?

**Erfahrungen bitte an [andreas.ehrich@arcor.de](mailto:andreas.ehrich@arcor.de)**

**Gut ist der Herr, eine feste Burg am Tag der Not. Er kennt alle, die Schutz suchen bei ihm.**

(Monatsspruch November 2011 aus Nahum 1,7)

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS) trifft sich am **Donnerstag, 24.11.2011 von 18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim „Weinberg“)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg